

**Niederschrift über die 23. Sitzung des Arbeitskreises
Einheits- und Verbandsgemeinden (Mitte)
am 12. 12. 2018 in Nienburg (Saale)**

Ort: Sitzungssaal des Rathauses, Marktplatz 1, 06429 Nienburg (Saale)
Beginn: 10:00 Uhr
Ende: 12:30 Uhr
Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Tagesordnung

Bürgermeister Krüger, Vorsitzender des Arbeitskreises:

- eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden
- dankt Bürgermeisterin Falke, dass die Stadt Nienburg (Saale) als Gastgeberin fungiert

2. Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung am 29.08.2018 bei der Verbandsgemeinde Vorharz (versandt am 10.10.2018)

Bürgermeister Krüger:

- stellt fest, dass
 - es keine Einwendungen gegen die o. g. Niederschrift gibt
 - die Genehmigung der o. g. Niederschrift fest

3. Vorstellung der gastgebenden Stadt Nienburg (Saale) durch Frau Bürgermeisterin Susan Falke

Bürgermeister Krüger:

- übergibt das Wort an Bürgermeistern Falke

Bürgermeisterin Falke:

- freut sich, die Mitglieder des Arbeitskreises im Salzlandkreis, in Nienburg (Saale), begrüßen zu können
- informiert, dass es sich bei der Stadt Nienburg (Saale) um ein Grundzentrum mit einer guten verkehrstechnischen Anbindung an die A14 und die B6 handelt
- wird die weitere Vorstellung der gastgebenden Stadt nicht in der üblichen Weise vornehmen
- kommt auf das Nienburger Kloster zu sprechen
- sieht dessen jetzigen, ruinösen Zustand sinnbildlich für die Lage der Stadt Nienburg (Saale)
- beschreibt die prekäre finanzielle Lage der Stadt Nienburg (Saale)
- informiert u. a., dass die Stadt Nienburg (Saale) eine der drei Gemeinden in Sachsen-Anhalt ist, der eine weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit diagnostiziert wurde (Haushaltskennzahlensystem des Landes Sachsen-Anhalt)
- informiert über eines der größten Investitionsprojekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 3,5 Mio. EUR, den Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Nienburg (Saale)
- ergänzt, dass zudem zwei kleinere Kindertagesstätten geschlossen und in einem Ersatzneubau zusammengeführt werden sollen

- kommt zurück auf das Sinnbild der Klosterruine
- nennt Eckdaten aus der für Mitteldeutschland bedeutsamen Geschichte des Klosters Nienburg
- spricht in dem Zusammenhang von einer Vision
- lädt die Anwesenden ein, in dem anschließenden Film die Metamorphose einer Ruine zu erleben

Der Präsentationsfilm Revitalisierung Schloss- und Klosterkomplex Nienburg (Saale) wird gezeigt.

Bürgermeisterin Falke:

- beantwortet Fragen der Anwesenden zu dem Projekt Revitalisierung Schloss- und Klosterkomplex Nienburg (Saale)

Bürgermeister Krüger:

- dankt, nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, Bürgermeisterin Falke für ihre Ausführungen
- schließt diesen Tagesordnungspunkt

4. Zukunft der Straßenausbeiträge

Bürgermeister Krüger:

- verweist auf die KSNA-Beiträge 419/2018 und 465/2018
- übergibt das Wort an Herrn Beigeordneten Liebenehm

Beigeordneter Liebenehm:

- informiert,
 - dass in der nächsten KNSA-Ausgabe mehrere Diskussionsbeiträge veröffentlicht werden,
 - in einem der Beiträge Grundsätzliches zum Thema Stellung der Straßenausbaubeiträge in den alten Bundesländern und zu deren Sinnhaftigkeit ausgeführt wird (Prof. Dr. Driehaus),
 - in einem weiteren Beitrag die Unübersichtlichkeit der Lage thematisiert wird und
 - ein dritter Beitrag auf das Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge abstellt, welches Ende November im Landtag debattiert wurde
- verweist auf das am 16.11.2018 auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion stattgefundene Fachgespräch zu den Straßenausbaubeiträgen
- konstatiert als Echo der Kommunen, dass es keine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge geben darf
- hat festgestellt, dass die Medien eher für die Abschaffung plädieren
- ist der Ansicht, dass dies in die Richtung des politischen Mainstreams geht
- informiert, dass einige Stadträte bereits Anträge vorliegen haben, die die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge verlangen
- schildert die derzeitige Lage aus der Sicht des SGSA, dass die
 - Situation dem Kommunal-Wahlkampf geschuldet ist
- kommt zurück auf das am 16.11.2018 stattgefundene Fachgespräch zu den Straßenausbaubeiträgen (SPD-Landtagsfraktion), in dessen Verlauf die Kommunen sich ausdrücklich für den Erhalt der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen haben
- blickt auf die allgemeine politische Diskussion
- verweist auf die Debatte im Landtag am 21.11.2018 zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
- informiert, dass zum Ausgleich den Kommunen 27 Millionen Euro mehr aus der Landeskasse zugewiesen werden sollen
- führt an, dass unklar ist, wann der Gesetzentwurf verabschiedet werden soll, ebenso wann eine Anhörung erfolgen soll

- stellt fest, dass die Landespolitik wohl die Abschaffung will, jedoch fraglich ist, ob dies noch vor der Kommunalwahl erfolgen soll
- stellt klar, dass
 - die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung darstellt und in die Planungshoheit der Kommunen eingreift,
 - der SGSA die Abschaffung nicht befürworten kann
- verweist auf den kommunalen Investitionsstau, der lt. dem Deutschen Institut für Urbanistik (difu) mit 800 Mio. EUR für Sachsen-Anhalt anzusetzen ist
- macht Ausführungen zu den Einnahmen der Kommunen im Land aus der Erhebung u. a. einmaliger Straßenausbaubeiträge in Höhe von 32 Mio. EUR/Jahr vor der Finanzkrise 2008 und der Umstellung des Finanzausgleichgesetzes (FAG)
- führt an, dass im Bereich Investitionen seit 10 Jahren nicht mehr das getan werden könne, was getan werden müsste
- ist der Ansicht, dass diese Dinge aus der Sicht der Bürger keine Rolle spielen, wenn es um die Abschaffung der Beiträge gehe
- stellt fest, dass, wenn ein Verfahren für die Kompensation der Einnahmen aufgrund des Wegfalls der Erhebung eingerichtet werden würde, ein vorliegender Bedarf an Ausbaumaßnahmen für 10 – 15 Jahre abgesichert werden müsste
- stellt die Frage in den Raum, ob das Land eine Kompensation in einem solchen Umfang zusichern könnte
- informiert, dass sich das Präsidium des SGSA
 - in seiner Sitzung am 26.11.2018 für die Beibehaltung der Beitragserhebungspflicht für Straßenausbaubeiträge ausgesprochen und zudem eine „Kann“-Regelung für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen strikt abgelehnt hat,
 - dafür ausgesprochen hat, dass, bevor über eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und eine auskömmliche Finanzierungsregelung diskutiert und entschieden wird, eine sorgsame Ermittlung der erforderlichen Maßnahmen und der damit zu erwartenden Investitionsaufwendungen erfolgen müsste

Herr Bürgermeister Braumann:

- macht Ausführungen zu dem am 16.11.2018 stattgefundenen Fachgespräch zu den Straßenausbaubeiträgen (SPD-Landtagsfraktion)
- schildert seine Sicht der Dinge und verweist darauf, dass von den Kommunen gefordert wird, den Anforderungen der kommunalen Selbstverwaltung zu entsprechen

Herr Bürgermeister Hause:

- ist der Ansicht, dass,
 - wenn es einen geordneten Weg zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge geben wird, dieser Weg gegangen werden sollte,
 - Anderslautendes dem Bürger nicht erklärt werden kann
- konnte auf dem Fachgespräch am 16.11.2018 die Vehemenz, mit der für die Abschaffung der Ausbaubeiträge eingestanden wurde, nicht verstehen

Bürgermeister Nimmich:

- verweist auf Schwierigkeiten aus der Praxis, z. B. die erforderliche Entflechtung im Straßenausbau im Zuge der Finanzierung durch Fördermittel

Bürgermeisterin Meyer:

- verweist auf die Politisierung im Zuge der Kommunalwahlen
- ist der Ansicht, dass
 - die Debatte um die Abschaffung der Ausbaubeiträge grundsätzlich falsch gelaufen ist,

- die Medien aufbauschen, Populismus betrieben wird,
- letztendlich die Bürgermeister unter Druck gesetzt werden
- hält die Reaktion des Präsidiums des SGSA für richtig

Bürgermeister Loeffke:

- kann sich nicht für die Abschaffung verwenden
- ist der Ansicht, dass eine Abschaffung zu früheren Zeiten zurück und weg von der kommunalen Selbstverwaltung führt
- hält es für politisch nicht durchhaltbar
- erläutert, warum die Gefahr besteht, dass auch die Grundsteuer wegbrechen könnte
- weiß, dass die Diskussion mit den Bürgern weh tut, aber erforderlich ist

Bürgermeister Krüger:

- stellt fest, dass die Kommunen, obwohl Fördermittel zur Finanzierung eingesetzt werden, am Tropf des Landes hängen würden (= zwei Bittsteller)

Bürgermeister Skrypek:

- sieht Probleme beim Ausbau durch verschiedene Maßnahmeträger (z. B. AZV)
- verweist auf die Erfahrungen mit dem Land hinsichtlich der Schaffung praktikabler Gesetzgebung
- führt als Beispiel das KIFÖG an
- ist der Ansicht, dass sich diese grundlegende Situation auch mit der Abschaffung der Ausbaubeiträge nicht ändern wird
- plädiert für die Ausreichung von Fördermitteln vom Land als Pauschale und die Entscheidung über deren Verwendung durch die Kommune
- traut sich, die Situation dem Bürger zu erläutern, weil der Bürger letztendlich wieder der Leidtragende sein wird

Bürgermeister Nimmich:

- verweist auf die Möglichkeit der Erhebung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge
- hält diese für praktikabler

Beigeordneter Liebenehm:

- führt als Beispiel die Reform des Unterhaltsvorschusses an
- ist der Ansicht, dass
 - das Land die Strategie fährt, dass, wenn einmal Geld gegeben wird, die Kreise ihre Klagen zurückziehen,
 - eine dauerhafte Finanzierung auch beim Unterhaltsvorschuss nicht langfristig geregelt ist,
 - das Land viel verspricht, aber wenig hält,
 - das Land Probleme mit der eigenen finanziellen Ausstattung bekommen wird und in einem solchen Fall wieder nach unten gucken wird

Es folgen weitere Wortmeldungen. Die Redner sprechen sich für den Erhalt der Straßenausbaubeiträge aus.

Bürgermeister Krüger:

- verpflichtet den Aussagen seiner Vorredner bei
- ist der Ansicht, dass das Land zunächst seine Hausaufgaben erledigen soll

Bürgermeister Loeffke:

- verweist auf das Problem der Abschreibung

Bürgermeister Krüger:

- schließt diesen Tagesordnungspunkt und fährt in der Tagesordnung fort

5. Novelle des Kinderförderungsgesetzes

Bürgermeister Krüger:

- verweist auf die stattgefundenen Diskussionen
- beklagt, dass die Umsetzung der Regelungen des KiFöG in der kurzen Zeit nicht möglich sind
- übergibt das Wort an Herrn Beigeordneten Liebenehm

Beigeordneter Liebenehm:

- umreißt die derzeitige Situation bis hin zum Inkrafttreten des Gesetzes zum 01.01.2019
- stellt fest, dass die eingeforderten Stellungnahmen nicht berücksichtigt wurden
- verweist auf die überwiegende Kritik zu folgenden Punkten:
 - Kürzung des Betreuungsanspruches von 10 auf 8 Stunden,
 - zu kurzes Anhörungsverfahren,
 - Beschlussfassung vor der des Bundes (Gute-Kita-Gesetz)
- konstatiert mit Blick auf das Gute-Kita-Gesetz, dass auf Landesebene eine weitere Novelle des KiFöG zu erwarten ist
- richtet den Blick auf die Regelungen des KiFöG, u. a.:
 - Zahlung des Kostenbeitrages ab 01.01.2019 lediglich für das älteste Kind,
 - Senkung des Betreuungsanspruches von 10 auf 8 Stunden,
 - Verbesserung des Personalschlüssels,
 - Angebot einer stündlichen Staffellung ab 5 Stunden in Schulferien auch für Hortkinder,
 - zusätzliches Personal für Kitas mit besonderem Bedarf
- stellt fest, dass sich aus diesen Punkten eine Vielzahl noch unbeantworteter Fragen ergibt
- informiert zur Thematik Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder, dass das Sozialministerium auf dem Standpunkt steht, dass zur Umsetzung keine Satzungsänderung erforderlich sei, weil es hierfür angeblich keine Regelung in den Satzungen gäbe
- sieht diesbezüglich hier einen erheblichen Aufwand für die Kommunen, ohne dass hierfür ein Mehrbelastungsausgleich angesprochen wurde
- kommt auf die Neuregelung zu den Verpflegungskosten zu sprechen
- informiert, dass der SGSA derzeit alle auftretenden Fragen sammelt, um diese mit dem Sozialministerium zu beraten

Bürgermeister Loeffke:

- verweist auf ein SIKOSA-Seminar mit dem Referenten Reinbert Erben, dessen Tenor lautete, dass die Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder sofort ab Januar umzusetzen sei
- macht Ausführungen zur Stundenstaffelung sowie zur Einnahmen- und Ausgabensituation (Rück erstattungsanspruch)

Beigeordneter Liebenehm:

- umreißt die Auffassung des SGSA

Bürgermeister Krüger:

- führt an, dass
 - es noch keine Regelungen für die Geschwisterkindregelung gibt,
 - die Träger jedoch das Geld haben wollen

Bürgermeister Hause:

- macht Ausführungen zur Finanzierung
- sieht eine stückweise Vorfinanzierung durch das Land

Bürgermeister Skrypek:

- umreist die Situation der Beteiligten in der Praxis
- fragt bzgl. des Gute-Kita-Gesetzes nach einkommensabhängigen Beiträgen

Bürgermeister Nimmich:

- sieht dies auf die Beteiligten zukommen
- hat Berichte hierzu in den Medien verfolgt

Es folgen weitere Wortmeldungen zu den Neuregelungen der Verpflegungskosten.

Bürgermeister Skrypek:

- informiert, dass
 - in seiner Verwaltung mit Unterstützung des Finanzministeriums eine Analyse der eigenen finanziellen Ausstattung / Verwendung stattgefunden hat,
 - in Ergebnis der Analyse 600.000,00 EUR in der Kinderbetreuung eingespart werden sollen,
 - der Vorschlag kam, die Leitungsstunden auf 0 zu reduzieren,
 - er auf die Verträge des Landkreises mit den Trägern verwiesen habe,
 - der Landkreis wiederum auf die Regelungen des Landesverwaltungsamtes verwiesen habe

Bürgermeister Hause:

- erläutert die Verhandlungsführung im Salzlandkreis
- richtet den Blick auf die geltende LQE-Richtlinie

Bürgermeister Skrypek:

- führt an, dass es auch in seinem Landkreis eine solche Richtlinie gibt
- umreist die Situation in seiner Verwaltung hinsichtlich der geforderten Änderungen, die Hortbeiträge betreffend

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Bürgermeister Krüger diesen Tagesordnungspunkt.

6. EU-Förderung nach dem Jahr 2020

Bürgermeister Krüger:

- informiert, dass
 - der Arbeitskreis Entwicklung des ländlichen Raums bereits Vorgespräche zu dieser Thematik geführt hat,
 - die Fördersätze bisher bei 75-90% lagen, ab 2020 es noch 43-75% sein werden
- richtet den Blick auf die Frage, wie sich das Land zu der Thematik Regionalbudget positionieren wird
- informiert weiter, dass zu Beginn des Jahres 2019 Gespräche des Städte- und Gemeindebundes mit dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE) stattfinden werden
- übergibt das Wort an Herrn Ersten Beigeordneten Liebenehm

Beigeordneter Liebenehm:

- umreist die aktuelle Situation
- konstatiert, dass der Eigenanteil der Kommunen steigen wird

- informiert, dass
 - der Bürokratieaufwand Thema der vorletzten Mitgliederversammlung des SGSA 2016 in Wittenberg war,
 - es hierzu einen Landtagsbeschluss gibt,
 - das Thema politisch aufgerufen ist,
 - sich die Frage stellt, wie das Land hierzu einsteigt
- verweist darauf, dass
 - sich der Arbeitskreis Entwicklung des ländlichen Raums sowohl mit der auslaufenden als auch mit der neuen Förderperiode befasst hat,
 - das Vorhandensein eines IGEK Grundlage der Förderung ist
- verweist weiter auf die Notwendigkeit der Entbürokratisierung und der Mittelkonzentration
- umreißt den Standpunkt des SGSA lt. Beschlussfassung des Präsidiums
- verweist auf die
 - Vielzahl kleiner Programme, deren erforderliche Bündelung zu Pauschalprogrammen und der sich daraus ergebenden Kumulierung der Mittel,
 - damit einhergehende Notwendigkeit des Verzichts auf viele Fördermittelprogramme,
 - Verteilung der daraus freiwerdenden Mittel über die Schlüsselzuweisungen des FAG an die Kommunen
- informiert, dass der SGSA in weitere Gespräche mit den Ministerien gehen wird (MULE, MF, MLV, MW)
- bittet die Anwesenden, ihre Erfahrungen dazulegen um daraus ableiten zu können, mit welchen Themen man in o. g. Gespräche gehen muss

Bürgermeister Loeffke:

- spricht Schwierigkeiten mit der EU-Zahlungsstelle an
- fragt, wo diese angesiedelt und wem sie unterstellt ist
- berichtet in dem Zusammenhang von Sanktionen bzgl. STARK III – Förderung

Bürgermeister Krüger:

- sieht die Sanktionspolitik als Masche
- berichtet von pauschalen Abzügen bei LEADER
- sieht keine Chancen, dagegen vorzugehen
- nennt als Beispiel den Bau einer Ortsdurchfahrt in den Jahren 2009/2010
- informiert, dass
 - die Abrechnung 2012 und erst 6 Jahre später die Kontrolle erfolgte,
 - Formulare, die jetzt gültig sind, noch einmal ausgefüllt werden mussten

Bürgermeister Loeffke:

- berichtet von massiven Problemen, die Akzeptanz zur Beteiligung an diesen Programmen betreffend
- richtet den Blick auf Heerscharen von Juristen, die nur darauf warten, Fehler zu finden
- ist der Ansicht, dass die EU-Zahlstelle daran interessiert sein sollte, gemeinsame Lösungen zu finden, anstatt von den Kommunen Fördermittel abzuziehen

Bürgermeister Nimmich:

- berichtet von der energetischen Sanierung einer Grundschule über STARK III
- informiert, dass
 - in Vorbereitung der Maßnahme die Förder-Richtlinie mehrfach geändert wurde,
 - die Investitionsbank des Landes 2 Jahre zur Prüfung benötigte

Bürgermeister Braumann:

- führt an, dass Fördermittelbescheide bis zu 28 Seiten Umfang haben
- wirft auf, dass ein, vom Bauingenieur falsch gesetztes Kreuz Rückforderungen in Millionenhöhe nach sich ziehen kann

Bürgermeisterin Meyer:

- berichtet vom Bau einer Zweifeld-Sporthalle
- erhielt den Hinweis, dass die Planungsleistungen nicht korrekt ausgeschrieben wurden
- verweist darauf, dass zum damaligen Zeitpunkt die Förder-Richtlinie anders lautete
- hat den Eindruck, dass das Haar in der Suppe gesucht wurde
- bemängelt eine nicht zeitnahe Prüfung

Bürgermeister Krüger:

- stellt abschließend fest, dass das Recht der damaligen Zeit geltend sein muss
- schließt den Tagesordnungspunkt, nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt

7. Aktuelle Mitteilungen

Beigeordneter Liebenehm:

- berichtet über den Stand der Klagen gegen die Kreisumlage (2016: 5 Klagen, 2017: 17 Klagen)
- ergänzt, dass es mit jetzigem Stand zwei Entscheidungen hierzu gibt
- nennt die Stadt Hecklingen im Salzlandkreis
- informiert, dass
 - das Verwaltungsgericht den Kreisumlage-Bescheid für 2017 aufgehoben hat,
 - der Salzlandkreis in Berufung gegangen ist,
 - die Berufung zugelassen wurde
- nennt die Gemeinde Barleben im Landkreis Börde

Bürgermeisterin Meyer:

- informiert zur Arbeit der auf der Ebene des Salzlandkreises arbeitenden Arbeitsgruppe, deren Ergebnisse dem Land präsentiert werden sollen

Bürgermeister Hause:

- führt an, dass sich der Salzlandkreis schon erhebliche Arbeit gemacht hat
- ist aber der Ansicht, dass
 - der Kreis nach Wahrnehmung des Erkenntnisstandes den nächsten falschen Schritt (Höhe des Hebesatzes) getan hat,
 - die Gleichrangigkeit ausgeblendet wurde
- vermutet, dass der Kreis erneut vor Gericht unterliegen wird
- ist der Ansicht, dass im Kreistag die Tragweite nicht richtig verstanden wurde

Bürgermeister Skrypek:

- berichtet von erneut durchgeführter Abwägung für 2018 nach Klage
- informiert, dass
 - die Kreisumlage rückwirkend gesenkt wurde,
 - noch in diesem Haushaltsjahr die Auszahlung erfolgen soll
- hält die hier praktizierte Lösung für nicht so schlecht
- weiß allerdings nicht, wie ein Gericht einen solchen Abwägungsprozess bewerten würde

Es folgen weitere Wortmeldungen. Einig sind sich die Redner, dass das Land die Kommunen besser ausstatten muss, anstatt Geschenke an die Bürger zu verteilen.

Beigeordneter Liebenehm:

- kommt auf die Reform der Grundsteuer zu sprechen
- erläutert das wertabhängige und das Flächenmodell
- informiert, dass beide Modelle in der Diskussion sind und durch die Bundesverbände eine Prüfung auf Plausibilität läuft
- nennt als Ziel, die Grundsteuer auf bisherigem Niveau zu halten
- ergänzt, wenn bis 31.12.2019 keine Beschlussfassung des Gesetzes erfolgt, ab 2020 die Grundsteuer nicht mehr erhoben werden dürfte

Beigeordneter Liebenehm:

- informiert über die Auslobung eines Ideenwettbewerbes zur Förderung ehrenamtlichen Nachwuchses für die Feuerwehren und die vorgesehenen Prämierungen

Beigeordneter Liebenehm:

- informiert über personelle Verstärkung innerhalb der Landesgeschäftsstelle durch Frau Anika Grimm, Volljuristin, bisher beim Landkreis Jerichower Land tätig, die am 01.01.2019 ihren Dienst aufnehmen wird

Bürgermeister Loeffke:

- spricht Schriftverkehr zur Einrichtung eines Nothilfefonds Feuerwehr an
- fragt, was es damit auf sich hat

Beigeordneter Liebenehm:

- antwortet, dass
 - es sich um einen Unterstützungsfonds für Angehörige von Kameraden handelt, die im Einsatz einen Unfall erlitten haben, der nicht als Arbeitsunfall anerkannt wird
 - aus Sicht des SGSA dieser Fonds nicht notwendig ist und der Verband sich daher zurückhält

Bürgermeisterin Meyer:

- fragt bzgl. des Schulgesetzes nach
- berichtet über die Gründung eines Schulverbundes
- warten sehnsüchtig auf die Verordnung
- fragt, wann diese kommt und umsetzbar ist

Beigeordneter Liebenehm:

- antwortet, dass der
 - Verordnungsentwurf vom SGSA versendet worden ist,
 - SGSA noch nicht Stellung genommen hat,

Bürgermeister Fiebelkorn:

- ergänzt, dass die Verordnung frühestens zum 31.03.2018 kommen wird
- informiert, dass man ebenfalls die Gründung eines Schulverbundes vorangetrieben habe,
- verweist auf die Aussage des Bildungsministers, der keine Schule zu machen wolle, aber mit seinem Tun stets in die Richtung Schulschließung zeigt
- verweist auf den allseits gegenwärtigen Lehrernotstand

8. Anfragen und Anregungen

Beigeordneter Liebenehm:

- beantwortet eine Anfrage zum Versand von Mustersatzungen (Hauptsatzung)

9. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Arbeitskreises findet am **Mi., den 24.04.2018**, in der **Stadt Elbingerode (Harz)**, einem Ortsteil der Stadt Oberharz am Brocken, im Landkreis Harz, statt.

Bürgermeister Krüger:

- bedankt sich bei den Mitgliedern des Arbeitskreises und bei Herrn Beigeordneten Liebenehm
- wünscht allen schöne Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr
- schließt die Sitzung

Die Sitzung endet um 12:30 Uhr.

gez. Hammer

Teilnehmerliste
23. Sitzung des Arbeitskreises
Einheits- und Verbandsgemeinden Mitte
des Städte- und Gemeindebundes
des Landes Sachsen-Anhalt

[illegible]